



© DPoIG BW

Liebe Leserinnen und Leser,

uns erwartet ein spannendes Jahr, gespickt mit vielen polizeilichen und gewerkschaftspolitischen Herausforderungen. Eines steht schon heute fest: Es wird ein arbeitsreiches Jahr werden – in jeder Hinsicht!

Auftakt der gewerkschaftspolitischen Arbeit war, wie jedes Jahr, die dbb Jahrestagung in Köln, beginnend am Sonntag, den 8. Januar 2017. Hochkarätig besetzt mit der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel und dem Bundesinnenminister Herrn Dr. Thomas de Maizière. Die DPoIG-Landesleitung war mit dabei und vertrat Eure Interessen.

Europa und Deutschland – Innere Sicherheit ist das politische Thema Nr. 1. Aus landespolitischer Sicht nicht uninteressant. Denn der Bund läuft den Ländern im Sprint davon. Nur wenige Länder können mithalten. Bayern – voran! Bei unserem eigenen Bundesland müssen wir ein deutliches Fragezeichen setzen. Der Bund stampft in wenigen Wochen ein neues Ausbildungszentrum

Impressum:

Redaktion: Sabine Dinger
(V. i. S. d. P.)
Schwabenstraße 4
76646 Bruchsal
Telefon 07251.5710
E-Mail: sabine.dinger@dpolg-bw.de
Landesgeschäftsstelle:
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart
Telefon 07 11/99 79 474-0
Telefax 07 11/99 79 474-20
Internet: www.dpolg-bw.de
E-Mail: info@dpolg-bw.de
ISSN 0723-1830

in Bamberg aus dem Boden – eine ganze amerikanische Siedlung – und stellt mehr als 3 000 Beamte „zusätzlich“ ein. Und man wird noch deutlich mehr einstellen. Bayern stellt ebenfalls über einen gewissen Zeitraum mehr als 3000 Polizeianwärter ein.

Und Baden-Württemberg? Seit fast einem Jahrzehnt erleben wir in Baden-Württemberg, dass das Thema Innere Sicherheit nicht zu mehr Personal und deutlich verbesserter Ausrüstung führt. Den sicherheitspolitischen Tiefschlag der grün-roten Landesregierung haben wir bei Weitem noch nicht verkraftet.

Mit der Polizeireform wurde alles, was die Polizeibeschäftigten trotz schlechter und schlechter werdenden Rahmenbedingungen mit persönlichem Einsatz und Engagement erarbeitet hatten, zunichte gemacht. Heute funktioniert diese Polizei nur noch aufgrund der unglaublichen Leidens- und Improvisationsfähigkeit der Beschäftigten.

Personell stehen wir am Abgrund. Die vom ehemaligen Innenminister propagierte Einstellungsoffensive ist nicht mehr als der Ausgleich der regulären Abgänge. In Baden-Württemberg stellen wir Stockbetten auf, um den normal errechenbaren Nachersatz ausbilden zu können – ohne Plus. In den nächsten Monaten werden wir über 200 Menschen (nicht Stellen!) weniger in der Polizei haben. Die Stellen sind da! Aber die Menschen müssen erst noch ausgebildet werden.

Heute rächt es sich, dass die grün-rote Landesregierung in ihrer Amtszeit Ausbildungsstellen im Haushalt gestrichen hat. Heute rennen wir im Hamsterrad und wissen, dass wir noch jahrelang alleine ren-

nen. Und viele von uns werden es nicht erleben, dass neben ihnen einer mitrennt, sondern lediglich, dass, wenn sie schon lange abgesprungen und im Ruhestand sind, ein neuer Kollege versucht, das Hamsterrad – natürlich alleine – fortzubewegen.

Ich will ganz bewusst formulieren, dass wir große Erwartungen in unseren amtierenden Innenminister haben. Erwartungen, dass er das Ruder endlich herumreißt. Nicht „weiterwurschtelt“, sondern verantwortungsbewusst das Thema Polizeireform anpackt.

Und ich meine: „anpacken“ nicht „streicheln“. Es sei denn, er ist der Auffassung, dass das, was die Vorgängerregierung gemacht hatte, so richtig war. Aber dann fährt der Karren nicht nur an die Wand. Der Bürger wird dabei noch sehr viel kritischer sein als die Polizeibeschäftigten. Wer im Bereich der Inneren Sicherheit jetzt nicht spürbar Hand anlegt, der wird bei den Bundestagswahlen sein „braunes“ Wunder erleben.

Apropos Bundestagswahl. Mitte Januar 2017 beginnen die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst. Die DPoIG Baden-Württemberg hat für die gesamte DPoIG die Tarifforderungen miterarbeitet. Sechs Prozent Gesamtforderung, darin soll unter anderem ein Mindestbetrag als soziale Komponente enthalten sein. Egal was dabei herauskommt – danach steht unsere Forderung der zeit- und inhaltsgleichen Übertragung der Tarifeinigung auf die Beamten der Länder und Kommunen. Erstmals hat in Baden-Württemberg eine grüne Finanzministerin das Heft in der Hand und damit die maßgebliche Mitverantwortung für die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung auf die Beamtinnen und Beamten.

Auch sie kann sich sicher sein, dass diese Entscheidung die Wahlentscheidung unserer Kolleginnen und Kollegen bei der Bundestagswahl mitbeeinflussen wird. Und nach dem Motto „mitgefangen, mitgehungen“ auch der Koalitionspartner, der die Sparopfer der Beamten mitumsetzt.

Dass wir in der Polizei keine Sparopfer verdient haben, stellen wir täglich unter Beweis. Unsere Familien tragen diesen Beweis mit. Solange es noch irgendwie geht. Aber eine Normalität mit regulären, planbaren Einsätzen der Bereitschaftspolizei mit über zehn, oft sogar über zwölf Stunden, ständige Aufrufe der Alarmhundertschaften in den Freischichten und die ständige Notwendigkeit, in den Schichtdiensten mit Sonderschichten den Apparat am Leben zu erhalten, haben schon längst das Normalmaß weit überschritten. Und schon sind wir wieder bei der Leidenschaft der Mitarbeiter angelangt. Und zwar ohne Terror.

Der Politik scheint es „bisher“ egal zu sein, dass wir Kriminalitätsquoten haben, bei denen wir im Zehn-Jahres-Vergleich die dritt- oder viertschlechteste Plätze belegen.

Es scheint nicht zu interessieren, dass wir nicht nur vor dem Kollaps stehen, sondern schon mit deutlicher Atemnot arbeiten.

Der AfD-Parteitag, der Gipfel der G20-Finanzminister in Baden-Baden, der G20-Gipfel in Hamburg, anstehende Nukleartransporte ... und der ganz normale tägliche Wahnsinn. Eines ist sicher: Wir arbeiten hart und weit über das normale Maß hinaus – wir sind unser Geld wert – und zwar jeden Cent!

*Ihr/Euer
Ralf Kusterer*



Polizeireform – Beamte unzufrieden

Unter Baden-Württembergs Ordnungshütern gibt es Unzufriedenheit mit der vor drei Jahren gestarteten Polizeireform. So titelten landesweit die Medien, nachdem die Presse Ergebnisse aus einer Befragung der Mitarbeiter im Rahmen der Polizeireform erfahren hatte. Wenngleich auch Ralf Kusterer bei Presseanfragen in seiner Funktion als Vorsitzender des Hauptpersonalrats und Mitglied im Lenkungsausschuss auf das Innenministerium verwies, nahm er natürlich in seiner Funktion als DPoIG-Landesvorsitzender Stellung zu den landesweit bekannten Umfragewerten.

Der Pforzheimer Redaktion der Badischen Neuesten Nachrichten (Pforzheimer Kurier) sagte er: „Heute wissen wir, dass die DPoIG mit all der Kritik und den Befürchtungen Recht hatte. Die Bevölkerung leidet darunter. Und auch die Polizeibeschäftigten leiden darunter, denn sie wollen die bestmögliche Sicherheit auch in Pforzheim und Umgebung gewährleisten. Und dazu fehlt ihnen nicht nur Personal. Die Polizeibeschäftigten selbst haben uns gegenüber mehrfach den Verlust der Bürgernähe, einen Bürokratienstieg und ein immer weiteres Entfernen vom Bürger beklagt. ...“ Die Ergebnisse der Reform bezeichnete er als „katastrophal“. Zentrale Ziele wie der Ausbau der Bürgernähe seien nicht erfüllt worden. Die Umfrage zeige auch, dass das Innenministerium einige Bereiche völlig anders bewerte als die polizeiliche Basis.

ob der Streifendienst gestärkt wurde, bewerten die Beamten zum Beispiel mit miesen 4,43. Viele bezweifeln auch, dass mit der Reform Bürokratie abgebaut wurde (Ergebnis: 4,25). Die Frage, ob der Zuschnitt des regionalen Polizeipräsidiums den Anforderungen einer bürgernahen Polizeiarbeit entspricht, wurde ebenfalls mit mäßigen Noten bewertet (3,56). Insgesamt beteiligten sich an der Befragung fast 11 300 Polizisten.

Ein Sprecher des Innenministeriums sagte, man wolle die Ergebnisse nicht im Detail bewerten, da die Evaluierung noch laufe. „Allerdings besteht offenbar tatsächlich in der Polizei eine Unzufriedenheit mit der Polizeistrukturereform“, räumte er ein. Es sei entscheidend, die polizeiliche Basis zu stärken, damit die Polizei noch näher an den Bürgern sei.

regierung versprochen hat.“ Das damalige Versprechen, mehr Polizisten für den Streifendienst bereitzustellen, sei nicht eingehalten worden.



> Hans-Ulrich Rülke, FDP

Auch FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke sagte: „Durch die Reform wurde nichts besser, aber vieles schlechter.“ Er warf der Polizeiführung im Land vor, den Bezug zu den Beamten auf der Straße verloren zu haben. Die FDP sehe sich insbesondere in der Auffassung gestärkt, dass der Zuschnitt der regionalen Polizeipräsidien nicht den Anforderungen einer bürgernahen Polizeiarbeit entspreche.

zei heute nicht in der Lage, aus dem Stand große Sonderkommissionen aufzustellen, sagte er. Es gäbe zudem keine modernen Führungs- und Lagezentren. Die Reform bleibe „unter dem Strich ein großer Wurf“.



> Uli Sckerl, Grüne

Grünen-Geschäftsführer Uli Sckerl begrüßte die Befragung. „Wir wussten, dass es harte Kritik geben wird“, sagte er. Dass eine so große Reform nach drei Jahren viel Optimierungspotenzial liefere, liege auf der Hand, so Sckerl. „Wir stellen uns nun der Verantwortung.“ An schlechten Noten für die Bürgernähe oder die Stärke des Vollzugsdienstes werde „die Politik nicht vorbeikommen“.



> Ralf Kusterer, DPoIG

Die Beamten konnten sich in der Befragung zu Punkten der Reform äußern und Bewertungen von „trifft voll zu“ (Note 1) bis „trifft überhaupt nicht zu“ (Note 5) vergeben. Die Frage,



> Thomas Blenke, CDU

CDU-Innenexperte Thomas Blenke meinte: „Es hat sich bestätigt, was wir von Anfang an befürchtet haben. Die Polizeireform hat nicht das gebracht, was die grün-rote Vorgänger-



> Reinhold Gall, SPD

Ex-Minister Gall verteidigte die Reform: Ohne sie wäre die Poli-





Im Gespräch mit Vertretern der FDP-Landtagsfraktion

Zu einem Austausch über sicherheitspolitische Themen trafen sich der DPoIG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer und dessen Stellvertreter Jürgen Engel am 14. Dezember 2016 mit Vertretern der FDP-Landtagsfraktion.



> Dr. Timm Kern, Jürgen Engel, Prof. Dr. Ulrich Goll, Ralf Kusterer, Nico Weinmann (von links)

Über viele Themen und Bewertungen hinweg konnten beide Teilnehmerkreise große Übereinstimmung feststellen. In

Bewertungen zur Polizeireform, so Kusterer wörtlich, „geht eigentlich kein Blatt zwischen den Meinungen der FDP-

Landtagsfraktion und der DPoIG“.

Wie immer konnten die DPoIG-Vertreter dazu beitragen, dass Politik auch Polizei versteht. So war insbesondere das „Zentrale Führen“ in der Dimension und Auswirkung nicht bekannt und hatte bisher zu einer teilweisen Fehleinschätzung geführt. Denn zu abwegig erschien es den Abgeordneten bis dato, dass auch kleinste Einsätze zentral geführt werden sollen. Die Vertreter der FDP-Fraktion machten deutlich, dass sie sich als Partei der Frei-

heit, aber auch der Sicherheit verstehen. Beides geht nur zusammen. Prof. Dr. Goll hierzu: „Die Polizei liegt uns am Herzen. Man kann Tränen in die Augen bekommen, wenn man sieht, was mit der Polizeireform alles kaputt gemacht wurde. Wir werden als Fraktion alles tun, um dazu beizutragen, dass der größte Unsinn wieder umgekehrt wird.“

Die Beispiele der Parlamentarier aus eigenem Erleben wären ein abendfüllendes Programm gewesen.

Für die FDP-Landtagsfraktion machte der Parlamentarische Geschäftsführer und stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dr. Timm Kern deutlich, dass man die hervorragende Zusammenarbeit mit der DPoIG nicht nur fortsetzen, sondern auch mit Blick auf die parlamentarischen Aktivitäten gerne ausweiten möchte. ■

Im Gespräch um den Freiwilligen Polizeidienst

Noch im Dezember 2016 hatte der DPoIG-Landesbeauftragte für den Freiwilligen Polizeidienst, Norbert Schwarzer, mehrere Gespräche in Sachen Fortentwicklung, Ausrüstung und Uniformausstattung des freiwilligen Polizeidienstes.

Die Gesprächspartner machten deutlich, wie wichtig dieses Thema auch politisch behandelt wird und wie wichtig zumindest der FDP und der CDU der Freiwillige Polizeidienst ist.

Mit einer Neukonzeption des Freiwilligen Polizeidienstes ist erst Mitte 2017 (nach Umsetzung von „EVA Pol“) zu rechnen.

Bis dahin ändert sich, was den Einsatz und Dienstauftrag der Angehörigen des FPD anbelangt, zunächst nichts. ■



> Dr. Timm Kern, Parlamentarischer Geschäftsführer und stellvertretender FDP-Fraktionsvorsitzender, Dr. Martin Keydel, FDP-Stadtverbandsvorsitzender Ettlingen, Norbert Schwarzer, Dr. Hans-Ulrich Rülke, FDP-Fraktionsvorsitzender, MdL Prof. Dr. Ulrich Goll, Justizminister a. D. (von links)

< MdL Thomas Blenke, Staatssekretär Martin Jäger, Norbert Schwarzer, Minister Strobl, MdL Siegfried Lorek (von links)





DPoIG-Landestarifkonferenz 2016

Mit Neuwahlen auch die Weichen für die Zukunft gestellt

Zur alle vier Jahre stattfindenden Landestarifkonferenz trafen sich die Delegierten vom 14. auf 15. November 2016 in Baiersbronn. Der Landestarifbeauftragte Manfred Riehl konnte aus fast jedem Kreis- und Ortsverband und aus den Bezirken Delegierte begrüßen und feststellen, dass sich in der DPoIG noch viele Mitglieder als Mandats-träger im Tarifbereich zur Verfügung stellen, um selbstlos etwas für die Tarifbeschäftigten zu be-wegen.

ist die Tatsache, dass mehr als 80 Prozent aller Tarifpersonal-räte in Baden-Württemberg DPoIG-Mitglieder sind. Längst ist unter den Tarifbeschäftigten in der Polizei klar, wer sich um ihre Interessen kümmert und zwar völlig selbstlos. Et-was, was man in unserer Ge-sellschaft heute sicher nicht mehr oft findet.

schaftspolitische Tarifarbeit. So beispielsweise Martin Schuler als Vorsitzender des Arbeitnehmersausschusses des Beamtenbundes, der im Übrigen auch „amtsältestes Mit-glied im Hauptpersonalrat der Polizei beim Innenministeri-um“ ist.

Neuwahlen

Die Landestarifvertretung ist auch in der Bundesorganisati-on ein richtungsweisender Partner. Unter anderem hat sich Manfred Riehl beispiele-weise mit großem Engage-ment in den Tarifverhandlungen für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen ein-gesetzt. Und es mögen in der Vergangenheit sicher zahllose Nächte gewesen sein, die Manfred Riehl bei den Tarif-verhandlungen an vorderster Front für seinen Tarif ge-kämpft hat. Auch innerhalb der Tarifvertretungen des Dachverbandes, auf der Bundes- und der Landesebene, sind die Tarifier der DPoIG Baden-Württemberg nicht nur vertreten, sondern aktiv dabei und prägen die gewerk-

Mit überwältigender Mehr-heit wurde Edmund Schuler (Ulm) zum neuen Landestarif-beauftragten gewählt. Neben ihm wurden Heike Strausber-ger (Reutlingen), Wolfgang Klee-baur (Aalen) und Martin Schuler (Freiburg) zu stellver-tretenden Landestarifbeauf-tragten gewählt. Damit ist die Tarifvertretung der DPoIG auch für die Zukunft gut auf-gestellt. Die „Neuen“ haben noch einige Arbeitsjahre vor sich und damit auch die Zeit, um die tarifliche Zukunft der DPoIG sichern zu können. Zu-frieden zeigte sich darüber auch die DPoIG-Landeslei-tung, auf deren Antrag weni-ge Tage später der Landes-tarifbeauftragte in den Ge-schäftsführenden Landesvor-



© DPoIG BW (7)

Die Tagungsleitung

Tagungsleitung

Zu Beginn der Landestarifkonferenz bestimmten die Dele-gierten Michael Schöfer zum Tagungspräsidenten. Er führte gekonnt durch die Tagung und

sorgte für einen reibungslosen Ablauf bei der Beschlussfas-sung zahlreicher Regularien, wie die Geschäftsordnung, die Wahlordnung oder die Man-datsprüfung, damit man auch anschließend ordentliche Wahlen und Abstimmungen durch-führen konnte.

Geschäftsbericht zeigt Erfolge und offene Handlungsfelder

In seinem Geschäftsbericht nahm der scheidende Landes-tarifbeauftragte Manfred Riehl gemeinsam mit seinen Stell-vertretern Michael Schöfer, Marion Gassner-Wendorff und Sibylle Schmidt (geb. Moos) einen Rückblick über die ver-gangenen Jahre vor. Die DPoIG-Landestarifvertretung steht gut da. Ein kleines Indiz dafür



Manfred Riehl trägt seinen Geschäftsbericht vor.



Die Tarifkommission (von links): Edmund Schuler, Heike Strausberger, Martin Schuler, Wolfgang Klee-baur



stand kooptiert wurde. Dem DPoIG-Landesvorsitzenden Ralf Kusterer war es wichtig, dass wie in anderen Gliederungen auch ein starkes Team gebildet wird und man damit auch den künftigen Anforderungen gerecht werden kann. Allein die Tarifverhandlungen und gegebenenfalls damit verbundene Streikmaßnahmen fordern das Tarifteam mit ganzer Kraft und Motivation. Dabei sicherte Ralf Kusterer der Tarifvertretung die volle Unterstützung der Gremien der DPoIG und natürlich auch seine eigene Unterstützung zu. Wie in allen Bereichen ist es Kusterer wichtig, dass die Leute persönlich miteinander können. Das ist der Schlüssel zum Erfolg.

Als erste Amtshandlung bedankte sich der neue Landestarifbeauftragte Edmund Schuler im Namen der Anwesenden bei seinen Vorgängern für die

hervorragende Arbeit in der Vergangenheit und wünschte beiden für die Zukunft alles Gute.

Landesvorsitzender dankt seinen Tariflern

Der DPoIG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer nutzte einen kleinen abendlichen Empfang, um sich bei den scheidenden Mitgliedern der Landestarifvertretung für deren Engagement zu bedanken.

Manfred Riehl wurde aufgrund seines großen gewerkschaftlichen Engagements bereits beim Landeskongress zum Ehrenmitglied ernannt. Der Dank galt ebenso Kollegin Marion Gassner-Wendorff (Reutlingen), Sibylle Schmidt geb. Moos (Karlsruhe) und Michael Schöfer (Mannheim), die nach gefühlten Jahrzehnten aus der Führung der Landestarifkommission ausgeschieden sind. Was nicht heißt, dass sie sich nicht an anderer Stelle weiter für und in der DPoIG Baden-Württemberg engagieren. Mit ihrer professionellen und engagierten, ehrenamtlichen Gewerkschaftsarbeit haben sie Maßstäbe gesetzt.

Tarifrunde 2017 eingeleitet

Das gab es noch nie. Der stellvertretende Bundesvorsitzende des Deutschen Beamten-



Edmund Schuler und Willi Russ

bundes und oberster Verhandlungsführer bei den Tarifverhandlungen, Willi Russ, war extra aus Berlin nach Baiersbronn gereist, um mit den Delegierten der Landestarifkonferenz über Forderungen und Sichtweisen der Polizeibeschäftigten zur Verhandlungsrunde zu sprechen. Für viele waren die Erläuterungen des Tarifprofis mehr als nur bereichernd.

Die Delegierten bekamen einen Einblick in die Forderungsfindung und einen Blick hinter die Kulissen der Tarifverhandlungen. Aus dem Nähkästchen plauderte der dbb-Vize, hörte aufmerksam zu und bewertete gemeinsam mit dem Gremium die Diskussionsaspekte. Heute dürfen wir feststellen, dass Willi Russ viele Gedanken mit

nach Berlin genommen und in die Forderungen hat einfließen lassen.

Gewerkschaftsarbeit darf auch Spaß machen und Freude bereiten

Die Stimmung bei der Landestarifkonferenz war einfach toll. Es wurde herzlich gelacht – auch bei ernstesten Themen. Und so wundert es keinen, der das miterlebt hatte, dass die Tarifvertreter aus ganz Baden-Württemberg gut gelaunt und hoch motiviert die Anreise in die Kreis-, Orts-, Präsidial- und Bezirksverbände angetreten haben. Von Baiersbronn geht ein Ruck durch das Land – zumindest bei den Tarifbeschäftigten, die auch weiterhin auf eine starke Tarifvertretung bauen dürfen.





> DPoIG-Landesvorsitzender Ralf Kusterer, dbb Vize Willi Russ, Landestarifbeauftragter Edmund Schuler

Tarifverhandlungen

Branchentag Polizei 2017 in Baiersbronn

Der dbb hat seine Branchentage zur Einkommensrunde 2017 fortgesetzt.

In Baden-Württemberg trafen sich die DPoIG-Tarifvertreter mit Willi Russ, Fachvorstand Tarifpolitik und Verhandlungen. Die hohe Verantwortung und die noch höhere Arbeitsbelastung von Polizisten

und Polizisten sind für jedermann sichtbar.

Was die Kolleginnen und Kollegen tagtäglich im Dienste von Sicherheit und Ordnung für die Bürger leisten, geht oft bis an die physische und psychische



> Forderungen der DPoIG-Landestarifvertretung

Belastungsgrenze. Zu dem Team der Polizei gehören Tarifbeschäftigte, ohne die das gesamte System nicht funktion-

nieren kann. Das muss sich auch bei der Bezahlung bemerkbar machen.

Jahreshauptversammlung KV Tübingen

Im engen Dialog mit dem Landesvorstand

Am 7. November 2016 hatte der KV Tübingen ins Sportheim Pfrondorf zur Jahreshauptversammlung eingeladen. Neben zahlreichen Mitgliedern waren der Bezirksvorsitzende Adi Seiter, der Personalratsvorsitzende und stellvertretende Landesvorsitzende Oliver Auras, Landesleitungsmitglied Sven Heinz und später direkt

aus Stuttgart aus der Sitzung des Lenkungsausschusses zur Evaluation der Polizeireform und anschließender Unterzeichnung der Dienstvereinbarung zur Elektronischen Personalakte, der Landesvorsitzende Ralf Kusterer angereist. Neben kurzweiligen, aber inhaltsreichen Berichten der Vorstandschaft, der Entlastung

dieser und interessanter Beiträge der Gäste aus dem Bezirks- und Landesverband konnten auch wieder zahlreiche Mitglieder für deren langjährige Treue geehrt werden.

An das formelle Programm schloss sich ein gemütliches Beisammensein an, bei der mit den Gästen eine interes-

sante Diskussion über gewerkschaftspolitische Themen geführt wurde und man den Mandatsträgern der Landesebene gerne Beispiele aus der Basis mit auf den Weg geben konnte. Eine interessante und angenehme Veranstaltung, wie man sie aus und in Tübingen gewohnt ist.



> Aktive und treue Mitglieder des Kreisverbandes Tübingen.



Jahreshauptversammlung Lörrach

Wenig Personal – hohe Belastung

Kritik an Landesregierung – Umzug des Lörracher Reviers umstritten



> 40 Jahre

Obere Reihe: Rolf Kern, Klaus Ziegler, Thomas Gsell (Bezirks-Vorsitzender);
Untere Reihe: Hubert Eller, Ralf Kusterer (LaVo), Uwe Wenk, Peter Faller (KV-Vorsitzender)



> 25 Jahre

Obere Reihe: Alexander Serazio, Marco Radau, Stefan Kempf; **Untere Reihe:** Markus Krebs, Ralf Kusterer (LaVo), Günter Kuhn, Peter Faller (KV-Vorsitzender)

Personalmangel, unzureichende Infrastruktur und wachsende Aufgabenbereiche waren Themen bei der Hauptversammlung DPolG Lörrach. Der Kreisvorsitzende Peter Faller beklagte, dass die Politik die aktuellen Entwicklungen versäumt habe. Die Aufgaben hätten mit der unkontrollierten Zuwanderung erheblich zugenommen. Zudem ließen sich Einbrecher- und Diebesbanden von den Strafen nicht abschrecken. Auch die Polizeidichte sei nach wie vor zu gering und die Zusammenarbeit mit der Bundespolizei weiter verbesserungsfähig. „Viele Kollegen sind am Anschlag“, sagte er. Besonders ärgerlich sei auch die schlechte IT-Infrastruktur mit alten Computern und langsamer Internetverbindung. Landesvorsitzender Ralf Kusterer ging bei seinem Bericht auf

aktuelle Herausforderungen und politische Entwicklungen ein.

Wie auch in den vergangenen Jahren war Polizeipräsident Bernhard Rotzinger ein gern gesehener Gast, der die Gelegenheit nutzte, mit den Kollegen/-innen vor Ort ins Gespräch zu kommen. Er erläuterte seine Sicht der Dinge, wie die Bekämpfung von Wohnungseinbrüchen, die zunehmende Aufgabenlast, Terrorismusbekämpfung sowie die Überprüfung von Gefährdern und Rückkehrern, welche die tägliche Arbeit erschwere. Umso mehr lobte er, dass sich die Landespolizei dadurch auszeichne, dass man zusammenrücke, wenn der Druck steige. Der Landtagsabgeordnete Joshua Frey (Grüne) forderte, dass unerwünschte Nebenwirkun-

gen der Polizeireform von 2014 behoben werden müssten. Die angespannte Personalsituation müsse von der Landesregierung anvisiert werden. Unter anderem könnte die Ausbildung von Polizeifachangestellten die anderen Beamten entlasten.

Andreas Nagy, stellvertretender Revierleiter in Lörrach, kritisierte den geplanten Umzug des Reviers in Lörrach. Die Rohre der Sanitäreinrichtungen seien nach wie vor marode, das Gebäude nicht isoliert und es mangle an Parkplätzen für die Beamten.

Vor den Wahlen ging der Landesseniorenbeauftragte Berndt Wittmeier auf die Gründung der Seniorenvertretung und Arbeit für Senioren in der DPolG ein.

Ergebnis der Wahlen zum Kreisvorstand

(alle einstimmig):

Vorsitzender Kreisverband

Peter Faller

Stellvertretende Vorsitzende

Thomas Gsell und

Sebastian Feucht

Geschäftsführerin

Bettina Ankelin

Schatzmeister

Peter Müller

Beisitzer PR Weil (Neu)

Jürgen Bäuml

Beisitzer JUNGE POLIZEI

Julian Pels

Beisitzer VK Weil

Ronny Plaul

Ansprechpartner

Tarifbeschäftigte

Thomas Gsell

Ansprechpartner Senioren

Hansjörg Mutterer

Kassenprüfer

Stefan Hirschberger

Kassenprüfer

Achim Hottinger

Vertrauens-/

Verbindungsleute:

Verwaltung

Bettina Ankelin

Kriminalpolizei

Karin Straub

Verkehrskommissariat

Roland Wittwer und Jo Ritter

Polizeirevier Lörrach

Sebastian Feucht und

Julian Pels

Polizeirevier Rheinfelden

Peter Faller und Kevin Vogt

Polizeirevier Schopfheim

Thomas Gsell und

Achim Hottinger

Polizeirevier Weil am Rhein

Jürgen Bäuml und

Thomas Renk



Urgestein der Bereitschaftspolizei Karl Simon geehrt

Zum Jahresausklang besuchte Ingo Tecquert das älteste Mitglied des Kreisverbands BePo Bruchsal, Karl Simon. Er überbrachte die Urkunde und die goldene Ehrennadel für sage und schreibe 65 Jahre Mitgliedschaft in einer demokratischen Gewerkschaft. Der Jubilar, der ein wandelndes Lexikon über die Entwicklung des Kreisverbandes ist, deren Geschichte er über viele Jahre hinweg verantwortlich mitgeprägt hatte, erfreut sich bester Gesundheit und ist auch als Pensionär noch gesellschaftlich aktiv. ■



BERLIN

26. bis 30. April 2017 – 5 Tage Informationsfahrt nach Berlin

- > Fahrt ab Biberach/Riß – Stuttgart – Berlin
- > ****-Hotel „Hamburg“ mit Halbpension
- > Stadtrundfahrt mit Führung Berlin – Potsdamer Platz
- > Teilnahme an einer Bundestagssitzung mit Besichtigung der Kuppel
- > Führung durch den Deutschen Bundestag
- > Besuch mit Führung Potsdam, Cecilienhof
- > Besuch/Führung Bundeskanzleramt
- > Vortrag über Berlin
- > Schifffahrt auf der Spree

Teilnehmerbeitrag:

- > 285 Euro für Mitglieder und Angehörige
- > 310 Euro für Nichtmitglieder

Anmeldungen an:

Landesgeschäftsstelle der DPoIG BW in Stuttgart
 Kernerstr. 5
 70182 Stuttgart
 Telefon 0711.9979474-0
 E-Mail: info@dpolg-bw.de

*



Liebe DPoIG-Mitglieder,

bitte teilen Sie alle persönlichen Veränderungen zu Ihrer Mitgliedschaft, wie zum Beispiel:

- > Adressänderung
- > Änderung Bankverbindung
- > Beförderung
- > Zuruhesetzung/Eintritt in die Rente
- > Elternzeit (Ruhe der Mitgliedschaft ohne Beitragszahlung)
- > Partnermitgliedschaft
(beide sind Mitglied der DPoIG und leben zusammen)
- > et cetera

an die
 DPoIG-Landesgeschäftsstelle
 Kernerstr. 5
 70182 Stuttgart
 Telefon: 0711.9979474-0
 E-Mail: info@dpolg-bw.de
 mit.

Änderungen, die Sie als DPoIG-Mitglied betreffen, werden uns nicht von Ihrer Dienststelle mitgeteilt. Wir sind hier auf Ihre Informationen angewiesen.

Ferner weisen wir ausdrücklich darauf hin, dass vor Inanspruchnahme eines Rechtsanwaltes ein entsprechender Antrag auf Rechtsschutz gestellt werden muss. Diesen Antrag auf Rechtsschutz schicken Sie bitte an unsere Anschrift oder geben ihn bei Ihrem Kreisverband vor Ort ab.

Der Antrag kann im Internet unter www.dpolg-bw.de heruntergeladen werden.

Wir bitten auch darum, dass Sie uns Post für die DPoIG BW nicht über die Dienstpost senden, sondern direkt an die DPoIG-Geschäftsstelle. Die Briefe kommen sonst entweder zeitverzögert oder gar nicht bei uns an.

Ihr Team der
 DPoIG-Landesgeschäftsstelle
 Deutsche Polizeigewerkschaft
 Landesverband Baden-Württemberg e.V.
 Kernerstr. 5
 70182 Stuttgart
 Telefon: 0711.9979474-0
 Fax: 0711.9979474-20
 E-Mail: info@dpolg-bw.de

www.dpolg-bw.de

